

BI will notfalls bis vor Europäischen Gerichtshof ziehen

RN 28.11.08
Klage gegen Kraftwerksbau

Lünen ■ Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die Bürgerinitiative Kontra Kohle Kraftwerk (BI KKK) wollen mit ihrer Klage gegen das im Bau befindliche Trianel-Kraftwerk notfalls bis vor den Europäische Gerichtshof (EuGH) gehen.

Dies machte BI-Vorsitzender **Thomas Mattheé** (Foto) am Mittwoch auf der Mitgliederversammlung deutlich.

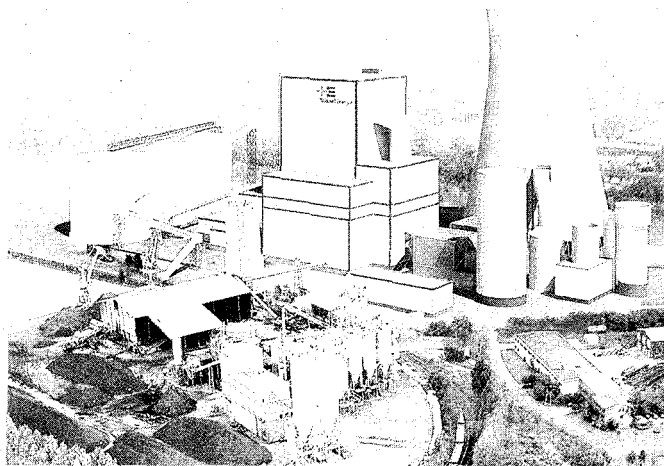


„Vorausgesetzt natürlich, dass das Geld dafür zur Verfügung steht“, so Mattheé. Aber da sei man auf einem sehr guten Weg, so der Vorsitzende weiter. Er verwies unter anderem auf die Altpapier-Sammelaktion, die immer noch laufe. BUND und BI suchen gleichzeitig nach weiteren Finanzierungsmöglichkeiten. Wie berichtet richtet sich die vom BUND-Landesverband NRW eingereichte Klage beim Oberverwaltungsgericht Münster gegen den von der Bezirksregierung

Arnsberg am 6. Mai erlassenen Vorbescheid und die 1. Teilgenehmigung für das Trianel-Kraftwerk. Der BUND hat mittlerweile die Klagebeurteilung eingereicht. Dirk Jansen vom BUND-NW erläuterte diese auf der Versammlung. „Nun ist die Bezirksregierung am Zuge. Sie muss jetzt eine Klageerweiterung einreichen.“ Mattheé erwartet eine Entscheidung des Gerichtes „irgendwann im Frühjahr“ des nächsten Jahres. Dem OVG Münster lägen aktuell drei Klagen des BUND gegen Kraftwerksbauten vor.

Der Weg durch die Instanzen könne sich über Jahre hinziehen. Eine aufschiebende Wirkung auf den Bau des Kraftwerkes hätten die gerichtlichen Schritte nicht. Theoretisch denkbar wäre es, dass der EuGH das schon laufende Kraftwerk abschalten lässt.

Bis zu den Vorstandswahlen im Februar 2009 wird Renate Schulte-Mattheé die Funktion der Schriftführerin übernehmen. Dieses Amt hatte Stefan Radau aus persönlichen Gründen niedergelegt. ■ hi-



Notfalls bis vor den Europäischen Gerichtshof wollen BUND und BI mit ihrer Klage gegen den Kraftwerksbau gehen. Foto Archiv